

**Rede  
von**

**Petra Emmerich-Kopatsch, MdL**

zu TOP Nr. 23

Abschließende Beratung

**Keine Beteiligung niedersächsischer Unternehmen an  
Waffenexporten in Krisen- und Konflikt-regionen: So leistet  
Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur  
Fluchtursachenbekämpfung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/344

während der Plenarsitzung vom 21.06.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident. - Lieber Kollege Schulze-Hendel,

auch wir freuen uns natürlich, dass es doch noch gelungen ist, eine gemeinsame Resolution auf den Weg zu bringen. Wir sind sicher, dass es ein gutes Zeichen aus Nieder-sachsen ist, Waffen eben nicht in Krisen- und Konfliktregionen zu liefern, auch nicht über Umwege, nicht über Tochtergesellschaften, und dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass es strengere Kontrollen gibt, dass man eben auch den Verbleib unabhängig überprüfen lässt: Sind die Waffen wirklich noch da, wo sie einmal angekommen sind, oder sind sie an Menschen und Organisationen weitergegeben worden, in deren Händen wir keine Waffen sehen wollen? Auch wenn die Amerikaner im Moment etwas schwierige Partner sind, haben offenbar selbst sie gestern Abend im Senat gegen weitere Waffenlieferungen an die Türkei gestimmt, sodass man auch sagen muss: Es ist insgesamt eine höhere Sensibilität entstanden, wie man mit solchen Geschäften umgehen will.

Wir haben natürlich auch vor, die Bundesregierung zu bitten, mit dem NATO-Partner Türkei ernsthafte Gespräche diplomatischer Art zu führen. Was wir natürlich nicht wollen, ist, dass dann auf Waffen-käufe aus Russland umgelenkt wird. Das würde nun niemandem weiterhelfen. Und zum Glück sind diese Bestellungen ja erst einmal storniert worden. Uns geht es genau wie Ihnen allen um eine zeitgemäße Anpassung der Waffenexportkontrollen, der Waffenexportlieferungen und der Richtlinien dazu. Sie müssen in einer immer schwieriger werdenden Sicherheitslage ständig aktualisiert werden. Alle uns bisher bekannten geopolitischen und geostrategischen Grundsätze haben sich verändert, und Gewissheit gibt es fast gar nicht mehr. Wir haben doch mehr Konfliktherde, als wir das in der Vergangenheit kannten.

Notfalls müssen auch Zusagen oder auch Verträge gekündigt werden können. Wenn sich die Lage verändert hat, weil die Zeit zwischen Bestellung, Genehmigung, Herstellung und Auslieferung oft sehr lang ist, darf nicht einfach gesagt werden: Wir haben da ja noch Altverträge von der Vor-Vorgängerregierung. - Darauf müssen wir entgegenen: Nein, das geht nicht mehr.

Es gibt veränderte Grundsätze, die dazu führen, dass wir uns nicht immer mehr auf: „Das hat ein anderer gemacht“, berufen können.

Wir wollen strengere Beobachtungen der internationalen Entwicklung, einheitlich hohe EU-weite Standards, die auch gemeinsam getragen und immer wieder angepasst werden müssen. Wir finden es auch gut, dass es ein Rüstungsexportkontrollgesetz geben soll. Ich denke, unsere Landesregierung wird das entsprechend im Bundesrat thematisieren.

Die Exportrichtlinien sollen schärfer und nachvollziehbarer gefasst werden, ethische Aspekte müssen stärker berücksichtigt werden, wie schon eben von dem Kollegen der CDU gesagt wurde. Wir wollen uns mehr auf Diplomatie denn auf Kriegs-waffen insgesamt verlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es gelungen ist, dies gemeinsam zu erreichen und einen gemeinsamen Einsatz für Frieden und Freiheit zu verstärken, ist wunderbar. Ich danke jedenfalls für die gemeinsame Anstrengung und freue mich auf weitere gemeinsame Texte.

Vielen Dank.